

Deutsche Wohnen enteignen!

Der Saal war überfüllt, es waren ca. 120 Menschen gekommen, viele davon selbst Mieter*innen bei der Deutschen Wohnen. Auffallend war der hohe Anteil der älteren und alten Menschen im Publikum: er erklärt sich damit, dass die DW beispielsweise die Bestände der Eisenbahnersiedlungsgesellschaft aufgekauft hat, in der Menschen seit Jahrzehnten leben. Eine Frau sprach von ihrem Mietvertrag, den sie von ihren Eltern übernommen habe und der seit über 80 Jahren existiert!

Die DW hat alleine in Berlin mittlerweile einen Bestand von über 100.000 Wohnungen. Caren Lay wies darauf hin, dass wir es bei Deutsche Wohnen, Vonovia und Co nicht mehr mit Wohnungsbauunternehmen zu tun haben, sondern mit Finanzkonzernen, deren einziges Ziel die Gewinnmaximierung sei. Die höchstmögliche Dividenden-Ausschüttung an die Aktionäre zu erzielen sei ihr Auftrag.

Mieter*innenschutz spielt dabei überhaupt keine Rolle mehr, wie viele Beispiele beweisen, von denen Barbara von Borovcieny von der Initiative Mieter*innen Südwest zu berichten weiß. Gerade die Alten fühlen sich mit Modernisierungsbegehren überfordert, ziehen sich zurück und geben auf. Deshalb ist es so wichtig, sich gut zu vernetzen und die eigenen Erfahrungen zu teilen. Überall dort, wo Mieter*innen sich zusammen schließen und sich gemeinsam wehren, erzielen sie Erfolge. Barbara weist auch darauf hin, wie wichtig gute juristische Beratung ist und informiert, dass die Beiträge für die Mitgliedschaft im Mieterverein für Leistungsbezieher*innen übernommen werden, der Rechtsschutz allerdings erst nach drei Monaten Mitgliedschaft greift.

Moritz Warnke vom Landesvorstand verweist bei der Frage, ob nicht der Wohnungsneubau die Wohnungsprobleme eher lösen könnte als der Rückkauf oder der Versuch der Enteignung, darauf, dass der Bestand geschützt werden müsse. Nur da gäbe es tatsächlich noch in notwendiger Anzahl bezahlbaren Wohnraum. Es müsse alles dafür getan werden, dass dies so bleibe, weil der Neubau zum einen nicht hinterher komme und zum anderen sich häufig in anderen Preissegmenten abspiele. In Berlin betragen die Wohnkosten im Mittel 31% des Einkommens, in München gar 36%. Das es auch anders geht beweise Wien mit lediglich 21% Anteil, so Caren Lay. Die erfordere aber eine Umkehr in der Wohnungspolitik insgesamt. Hier setzt die Initiative für ein Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co enteignen!“ an.

Rouzbeh Taberi, einer der Mitinitiatoren verweist auf einen Kernsatz des Grundgesetzes, der besagt, dass Eigentum verpflichtet. Wohnungen müssen wieder in öffentliche Hand, damit nicht Markt und Profit im Vordergrund stehen sondern der Bedarf der Menschen!

Resümee der Veranstaltung am 30.1.2019 im Rathaus Zehlendorf: da geht was und da geht noch mehr!

Die Unterschriftensammlung der Initiative <https://www.dwenteignen.de/> startet am 6.4.2019 anlässlich der großen Mieter*innen-Demo, die für diesen Tag geplant ist. Bitte schon mal vormerken!